

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Gilserberg

am 12.07.2016 im Dorfgemeinschaftshaus Sebbeterode

Beginn 19.30 Uhr

Ende 22.00 Uhr

Anwesend: 23

(gesetzl.) Mitgliederzahl: 23

stimmberechtigt:

Urbanek, Wolfgang

Lomp, Dirk

Dehnert, Ralf

Nebe, Markus

Dehnert, Tim

Schaal, Michael

Dippel, Martin

Scheerer, Maik

Drescher, Reinhold

Spanknebel, Björn

Ebener-Riebeling, Sandra

Vaupel, Bernd

Fischer, Sabine

Vestweber, Klaus

Herter, Jens

Vestweber, Lothar

Heynmöller, Kim

Vestweber, Philipp

Itzenhäuser, Angela

Wagner, Sonja

Kirschner, Heiko

Widera, Anja

Kissel, Karl-Heinz

Anwesende Mitglieder des Gemeindevorstandes:

Barth, Rainer

Bürgermeister

Stuhlmann, Michael

Herden, Sigrid

Blazques Müller, Markus

Vestweber, Hans

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Wolfgang Urbanek, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 01.07.2016 auf Dienstag, den 12.07.2016, um 19.30 Uhr - unter Mitteilung der Tagesordnung – zur Sitzung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren im Hochland Mitteilungsblatt, Ausgabe Nr. 27/2016, öffentlich bekannt gegeben worden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwendungen erhoben werden. Die Gemeindevertretung ist - nach Anzahl der erschienenen Mitglieder – beschlussfähig.

Bemerkung:

Nach Absprache des Ältestenrates, wurde keine von §24 der Geschäftsordnung abweichende Festlegung der Redezeit der Fraktionen gewünscht.

Tagesordnung:

- Top 1: Einspruch der SPD-Fraktion zum Protokoll „Sitzung der Gemeindevertretung vom 31.05.2016“
- Top 2: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion zur Förderung des Internet-Breitbandausbaus in Gilserberg
- Top 3: Beratung und Beschluss zur 18. Änderung des Flächennutzungsplans (Windkraft) Gilserberg
(Das Gutachten der Firma Regio Consult wird jedem Gemeindevertreter/in per Mail übersandt)
- Top 4: Beratung und Beschluss über den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über den Jahresabschlüsse 2010 + 2011
- Top 5: Beratung und Beschluss über den Antrag der BLH-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Gilserberg für ehrenamtlich Tätige in den Ortsbeiräten, dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung
- Top 6: Beratung und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion „Zeit für Bürgerfragen“ vor den Sitzungen der Gemeindevertretung
- Top 7: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion über das „Mähen der Straßengräben und Seitenstreifen“ von Bundes-, Land- und Kreisstraßen zur Förderung der Verkehrssicherheit
- Top 8: Beratung und Beschluss über den Antrag der BLH-Fraktion über die „Gültigkeit der Entgelt- und Benutzungsordnung der Schulkindbetreuung“

- Top 9: Beratung und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion zur „Beteiligung am Jugendtaxiausweis“ der Stadt Schwalmstadt durch die Gemeinde Gilserberg
- Top 10: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion über Maßnahmen zur „Verbesserung der Netzqualität für den Mobilfunk“ durch die Gemeinde Gilserberg
- Top 11: Beratung und Beschluss zur 2. Änderung Bebauungsplan Nr. 7 „Im Entenpfuhl“ OT Gilserberg
- Top 12: Vorlage der Ortsbeiratsprotokolle
- Top 13: Ernennung von Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehr zu Ehrenbeamten
- Top 14: Allgemeine Informationen durch den Gemeindevorstand

Zu Top 1: Einspruch der SPD-Fraktion zum Protokoll „Sitzung der Gemeindevertretung vom 31.05.2016“

Diesem Tagesordnungspunkt (TOP) liegt ein Einspruch der SPD-Fraktion zur Niederschrift der TOP'e 11 und 15 der v. g. Sitzung der Gemeindevertretung Grunde. Weiterhin beinhaltet der Einspruch eine „Anregung“ zur namentlichen Benennung aller Rednerinnen und Redner in die Niederschriften der Gemeindevertretung.

Der Einspruch wird von Markus Nebe, SPD-Fraktion, vorgetragen und begründet. Da sich der Einspruch auf drei unterschiedliche Themen bezieht, wird über die einzelnen Themen getrennt beraten und getrennt abgestimmt:

V.g. TOP 11 vom 31.05.2016 - Beratung und Beschluss über den Antrag der BLH-Fraktion zur Änderung des § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde Gilserberg –Dauer der Redezeit- führt Markus Nebe aus, dass der Änderungsantrag des SPD-Vertreters Björn Spanknebel zwar wiedergegeben, seine Erläuterungen jedoch nicht erwähnt wurden. Dies sei eine einseitige Darstellung und verfälsche das Bild des Inhalts der Diskussion.

Bernd Vaupel, BLH-Fraktion, verweist in seinem Beitrag auf die ausgiebigen Diskussionen zu diesem Thema. Nach seiner Meinung wurde die Änderung der Geschäftsordnung im Hinblick auf die Redezeit der Gemeindevertreter in der letzten Gemeindevertreter Sitzung ausführlich erörtert.

Für Angela Itzenhäuser, BLH-Fraktion, handelt es sich bei den Niederschriften der Gemeindevertretung um Ergebnisniederschriften, bei denen aber der Umfang bereits erhebliche Ausmaße angenommen hat, man es daher nicht noch weiter mit den Ausführungen übertreiben sollte.

Markus Nebe betont in weiteren Ausführungen, dass der Einwand keine grundsätzliche Kritik an der Protokollführung darstellt, sondern dass es bei diesem TOP keine ausgewogene Wiedergabe der Argumente gegeben habe, und daher die Niederschrift zu ergänzen sei.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wolfgang Urbanek, verweist bezüglich der Regelungen zum Inhalt von Niederschriften auf die Hessischen Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung.

Danach ist die wörtliche Wiedergabe der Redebeiträge nicht vorgesehen. Zur Einwendung konkret führt er aus, dass Björn Spanknebel in der letzten Sitzung den Änderungsantrag vorgetragen hatte. Dieser wurde sodann zur Vermeidung von Irritationen schon in der Sitzung gebeten, den Inhalt des Änderungsantrags etc. dem Schriftführer ergänzend schriftlich mitzuteilen. Dies erfolgte jedoch nicht. Auch auf telefonischen Kontakt nach der Sitzung durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung und nachfolgendes Ersuchen des Schriftführers per Fax, wurden keinerlei Ausführungen zum Änderungsantrag übermittelt.

Björn Spanknebel, SPD-Fraktion, sieht von seiner Seite kein Versäumnis in dieser Angelegenheit. Anfragen hierzu seien ihm nicht zur Kenntnis gelangt.

Der Vorsitzende gibt abschließend zu seinen Erklärungen der antragstellenden Fraktion Gelegenheit, die bestätigte Mailanfrage unmittelbar einzusehen.

Reinhold Drescher, SPD-Fraktion, spricht die inhaltliche Verantwortlichkeit für die Niederschriften an. Seiner Meinung nach liegt diese neben dem Schriftführer auch beim Vorsitzenden.

Wolfgang Urbanek weist insoweit auf die eindeutige Regelung der Geschäftsordnung hin, wonach aus guten Gründen eben der Schriftführer allein für den Inhalt der Niederschrift verantwortlich ist.

Zum Abschluss der Beratungen stimmt die Gemeindevertretung wie folgt ab:

Für die Änderung des TOP`s 11, aus der Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 31.05.2016, stimmen:

dafür:	11 Stimmen
dagegen:	12 Stimmen
Enthaltungen:	---

Der Einspruch ist damit abgelehnt.

Zum TOP 15 vom 31.5.2016 - Beratung und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung des Schwimmbades Lischeid- führt Markus Nebe- SPD-Fraktion- aus, dass in der Wiedergabe des Beschlusses der Hinweis fehlt, dass eine Prüfung noch in diesem Jahr erfolgen soll. Dies sei so vorgetragen und verhandelt worden.

Bürgermeister Rainer Barth informiert hierzu, dass bereits am kommenden Mittwoch, den 20.07.2016, eine Ortsbesichtigung mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Gesundheitsamtes geplant sei. Bei dieser Ortsbesichtigung sollen die derzeitige Situation sowie die weiteren Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Schwimmbadbetriebes erörtert werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bezieht sich zum Einwand der SPD-Fraktion auf die Formulierungen in der Niederschrift. Zum ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion hatte es einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion gegeben. Dieser Änderungsantrag der CDU-

Fraktion wurde schriftlich an den Schriftführer übergeben und wortwörtlich in die Niederschrift aufgenommen. Eine Abstimmung erfolgte anschließend über den vorgetragenen Änderungsantrag. Da der Änderungsantrag der CDU-Fraktion einstimmig von allen Gemeindevertretern angenommen wurde, erfolgte über den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion einhellig keine Abstimmung mehr. Der Inhalt des durch die Gemeindevertretung erfolgten Beschlusses wurde mithin exakt im Wortlaut des Änderungsantrags wiedergegeben.

Zum Abschluss der Beratungen stimmt die Gemeindevertretung wie folgt ab:
Für die Änderung des TOP`s 15 aus der Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 31.05.2016, stimmen:

dafür:	11 Stimmen
dagegen:	12 Stimmen
Enthaltungen:	---

Der Einspruch ist daher abgelehnt.

Abschließend zum Inhalt des Einspruchs der SPD-Fraktion bittet Martin Dippel, SPD-Fraktion, darum, dass bei allen Redebeiträgen die Namen aller Rednerinnen und Redner in der Niederschrift aufgeführt werden. Dies sollte man denjenigen, die sich hier im Ehrenamt engagieren, mindestens zu Gute kommen lassen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bezieht sich hierzu erneut auf die Regelungen in der Hessischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung, die eine namentliche Auflistung aller Rednerinnen und Redner nicht vorsehen.

Zum Abschluss der Beratungen stimmt die Gemeindevertretung wie folgt ab:

Für die Aufnahme aller Rednerinnen und Redner in der Niederschrift stimmen:

dafür:	11 Stimmen
dagegen:	12 Stimmen
Enthaltungen:	---

Der Antrag ist daher abgelehnt.

Zu Top 2: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion zur Förderung des Internet-Breitbandausbaus in Gilserberg

Diesem TOP liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird von Tim Dehnert, CDU-Fraktion, vorgetragen und begründet. Hierbei verweist er auf die Fördermöglichkeiten durch das „Breitbandförderprogramm“ des Bundes für Kommunen.

Martin Dippel, SPD-Fraktion, verweist auf die „Breitbandoffensive Nordhessen“ und die gemeinsame Initiative der fünf Landkreise und aller Kommunen. Er fragt nach dem Sinn der weiteren Aktion. Was soll gemacht werden, was soll beraten werden?

Tim Dehnert und Philipp Vestweber, beide CDU-Fraktion, sehen hier die Möglichkeit, sich neben der „Breitbandoffensive Nordhessen“ durch Fachleute beraten zu lassen. Ziel ist es,

zügiger eine schnellere und bessere Internetverbindung für die Bürger der Gemeinde zu erreichen. Die Beratungen werden durch das Förderprogramm des Bundes finanziert und daher sollte man sie auch in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Rainer Barth verweist auf die Pressemitteilung des Generalunternehmers „Breitbandoffensive Nordhessen“. Im Rahmen der Veröffentlichungen wurden der zeitliche Rahmen und die Ausbaubereiche bekanntgegeben.

Nach Abschluss der Beratungen wurde über den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt:

„Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, ob es neben der Mitgliedschaft in der „Brandbandoffensive Nordhessen“ noch weitere Fördermöglichkeiten gibt. Speziell die Möglichkeiten des „Breitbandförderprogrammes des Bundes für Kommunen“ sind auszuloten.“

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	dagegen:	---
	Enthaltungen:	---

Zu Top 3: Beratung und Beschluss zur 18. Änderung des Flächennutzungsplans (Windkraft) Gilserberg

Der Gemeindevertreter Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, verlässt wegen eines Widerstreites der Interessen den Sitzungsraum.

Angela Itzenhäuser, BLH-Fraktion, übernimmt als stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt.

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Urbanek, CDU-Fraktion, berichtet von der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Bauausschuss vom 23.06.2016.

Den Gemeindevertretern wurde eine gutachterliche Stellungnahme zu den geplanten Windvorranggebieten des Regionalplanentwurfs Nordhessen – Teil Windenergie- übersandt.

Weiterhin waren in der v. g. Ausschusssitzung verschiedene Fachleute anwesend, die die Gemeinde in rechtlicher, bzw. naturschutzrechtlicher Hinsicht beraten. Die Möglichkeiten der Einwirkung der Gemeinde Gilserberg auf den Regionalplanentwurf wurden während der Ausschusssitzung ausführlich beraten.

Die Beschlussempfehlung wurde im Haupt-, Finanz- und Bauausschuss einstimmig gefasst und lautet:

„Rechtsanwalt Bohl wird beauftragt, die Interessen und Bedenken der Gemeinde aus dem Gutachten gegenüber dem Regierungspräsidium geltend zu machen.

Bei abschlägiger Entscheidung durch die Regionalversammlung gegen die dargelegten Bedenken und Interessen der Gemeinde Gilserberg wird der Gemeindevorstand bereits jetzt ermächtigt, gegen den in Kraft getretenen Regionalplan eine Normenkontrollklage anzustreben.“

Martin Dippel, SPD-Fraktion, berichtet von einer erheblichen Anzahl von Einsprüchen, die dem Regierungspräsidium im Rahmen der Offenlegung des Regionalplanentwurfs zugegangen sind. Erstaunt hätten sich einige Mitglieder der Regionalversammlung auch darüber geäußert, dass die bereits bestehenden Bestandsflächen im Bereich der Gemeinde Gilserberg nicht im Regionalplanentwurf enthalten sind. Er schlägt vor, dass mit Vertretern des Regierungspräsidiums Gespräche über die Belange der Gemeinde geführt werden.

Bürgermeister Rainer Barth berichtet über den aktuellen Entwicklungsstand. Die Entscheidungen im Ausschuss der Regionalversammlung wurden verschoben. Er weist insbesondere darauf hin, dass bereits Gespräche mit dem Regierungspräsidium geführt wurden und ein weiteres Gespräch bereits anberaumt ist, zu dem Vertreter der Gemeinde und externe Fachberater die Vorstellungen der Gemeinde Gilserberg erneut vortragen werden.

Nach Abschluss der Beratungen wird über die im Haupt-, Finanz- und Bauausschuss erarbeitete Beschlussempfehlung wie folgt abgestimmt:

Abstimmung:	dafür:	22 Stimmen
	dagegen:	---
	Enthaltungen:	---

Zur weiteren Entwicklung der Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanänderung „Haubengarten“ in Appenhain wurde im Haupt-, Finanz- und Bauausschuss keine Beschlussempfehlung erarbeitet. Die Ausschussmitglieder haben sich dafür ausgesprochen, dass Bürgermeister Rainer Barth im Laufe des Jahres, unter Mitwirkung des Ing.-Büros Gringel, in einem gemeinsamen Gespräch insoweit zunächst mit den Eigentümern eine rechtssichere Erklärung erwirken soll.

Zu Top 4: Beratung und Beschluss über den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresabschlüsse 2010 + 2011

Der Gemeindevertreter Lothar Vestweber, SPD-Fraktion, verlässt den Sitzungsraum und nimmt daher nicht an den Beratungen und der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 4 teil.

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde Gilserberg hat in seiner Sitzung am 07.07.2016 den Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 und 2011 beraten und eine Beschlussempfehlung erarbeitet. Markus Nebe, SPD-Fraktion, berichtet als Vorsitzender von dieser Sitzung. In seinem Bericht geht er auf die Prüfungshandlungen, die Prüfungsergebnisse und die Vermerke des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes ein.

Im Rechnungsprüfungsausschuss wurde die, jedem Gemeindevertreter vorliegende Beschlussempfehlung, einschließlich einer ausführlichen Erläuterung zu den festgestellten Haushaltsüberschreitungen, erarbeitet.

Die Beschlussempfehlung wurde im Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig beschlossen.

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Gilserberg wird in einer der kommenden Sitzungen über die Haushaltsüberschreitung nachträglich beraten.

„Die Gemeindevertretung der Gemeinde Gilserberg hat von den Jahresabschlüssen 2010 und 2011, dem dazugehörigen Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie den

Haushaltsüberschreitungen Kenntnis genommen und erteilt gemäß § 114 HGO dem Gemeindevorstand und dem Gemeindegeldverwalter für die Rechnungsjahre 2010 und 2011 Entlastung.“

Abstimmung:	dafür:	22 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 5: Beratung und Beschluss über den Antrag der BLH-Fraktion zur Änderung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Gilserberg für ehrenamtlich Tätige in den Ortsbeiräten, dem Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung

Diesem TOP liegt der Antrag der BLH-Fraktion vom 26.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird vom Jens Herter, BLH-Fraktion, vorgetragen und begründet. Er weist in seinem Redebeitrag auf das ehrenamtliche Engagement aller Gremienmitglieder hin.

Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, sieht grundsätzlich eine Übereinstimmung seiner Fraktion in der Zielrichtung des Antrages. Eine gleichwertige Entlohnung aller Gremienmitglieder sollte angestrebt werden. Über die Höhe des Entschädigungsbetrages sollte im Haupt-, Finanz- und Bauausschuss nochmals beraten werden.

Martin Dippel, SPD-Fraktion, bezieht sich ebenfalls auf die unterschiedlichen Aufwandsentschädigungen. Nach seiner Meinung werden in Gemeindevorstand und Gemeindevertretung auf der einen Seite und bei den Ortsbeiräten auf der anderen Seite unterschiedliche Themen von unterschiedlichem Inhalt und Bedeutung bearbeitet und wurden von daher unterschiedliche Entschädigungssätze festgelegt. Dies könnte man aber auch ändern.

Ralf Dehnert, CDU-Fraktion, empfiehlt, sich bei der Höhe der Aufwandsentschädigungen an den umliegenden Gemeinden zu orientieren.

Bernd Vaupel, BLH-Fraktion, erklärt sich mit der Überweisung des Antrages in den Ausschuss einverstanden. Nach seinen Worten geht es der BLH-Fraktion um die Anerkennung des Ehrenamtes. Vergleiche zu Aufwandsentschädigungen von Nachbarkommunen hält er ebenfalls für sinnvoll.

Nach Abschluss der Beratungen regt der Vorsitzende folgende Beschlussempfehlung an:

„Der Antrag der BLH-Fraktion vom 26.06.2016 zur Änderung des § 3 Abs. 1 der Entschädigungssatzung wird zur Erarbeitung einer Beschlussempfehlung in den Haupt-, Finanz- und Bauausschuss überwiesen.“

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 6: Beratung und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion „Zeit für Bürgerfragen“ vor den Sitzungen der Gemeindevertretung

Diesem TOP liegt der Antrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird von Reinhold Drescher, SPD-Fraktion, vorgetragen und begründet. Nach seinen Worten möchte die SPD-Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einräumen, vor jeder Gemeindevertreterversammlung auch zur anstehenden Tagesordnung Fragen an die Gemeindevertreter zu stellen.

Bernd Vaupel, BLH-Fraktion, sieht die Förderung der Bürgerbeteiligung grundsätzlich als zentrales Anliegen seiner Fraktion. Von daher stellt die BLH-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen: Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu überprüfen, welche Möglichkeiten für die Gemeinde Gilserberg bestehen, die Bürgerinnen und Bürger noch mehr in die demokratische Willensbildung mit einzubeziehen. Ein wichtiger Aspekt dabei sollte spielen, welche Formen die Gemeinde schaffen kann, Fragen und Anregungen der Bürgerschaft aufzunehmen und zu beantworten. Des Weiteren soll beleuchtet werden, ob die Möglichkeit besteht, dauerhafte und konstante Veranstaltungen zu schaffen, bei welchen die Entscheidungen der Gemeindevertretung den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt werden und welche Auswirkungen sich daraus ergeben haben/ergeben werden.“

Begründet wird der Änderungsantrag damit, dass es ein Hauptanliegen der BLH ist, die Entscheidungsfindung transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, sieht in den Bürgerbeteiligungen vor den Gemeindevertreterversammlung Vor- und Nachteile. Nach seiner Meinung müsste die Form der Beteiligung genau geprüft werden. Insbesondere vor einer Sitzung könnten verschiedene Gemeindevertreter aus terminlichen Gründen de facto ausgeschlossen werden. Er sieht daher den Änderungsantrag der BLH-Fraktion eher in seinem Sinne.

Martin Dippel, SPD-Fraktion, betonte nochmals die Bedeutung des Antrages seiner Fraktion. Hierzu sollte der Gemeindevorstand ein entsprechendes Konzept erarbeiten.

An den weiteren Beratungen beteiligen sich die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter Michael Schaal, CDU-Fraktion, Anja Widera und Reinhold Drescher, SPD-Fraktion sowie Jens Herter, BLH-Fraktion.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wolfgang Urbanek, verweist auf die bestehenden Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung zu Bürgerbeteiligungen, Bürgerversammlungen und Bürgerentscheiden sowie auf diesbezügliche Entscheidungen der Rechtsprechung.

Da ein gemeinsamer Antrag nicht zu Stande kommt, wird über die vorliegenden Anträge separat abgestimmt:

Für den Änderungsantrag der BLH-Fraktion stimmen:

Abstimmung:	dafür:	12 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	11 Stimmen

Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen:

Abstimmung:	dafür:	11 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	12 Stimmen

Damit ist der Änderungsantrag der BLH-Fraktion angenommen.

Zu Top 7: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion über das „Mähen der Straßengräben und Seitenstreifen“ von Bundes-, Land- und Kreisstraßen zur Förderung der Verkehrssicherheit

Diesem TOP liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird vorgetragen und erläutert von Ralf Dehnert, CDU-Fraktion. Nach seinen Worten wurde das Mähen der Straßengräben und Randstreifen im Gilserberger Hochland im vergangenen sowie im laufenden Jahr stark vernachlässigt. Um seine Ausführungen zu untermauern wurden den Gemeindevertretern Fotos von verschiedenen gefährlichen Straßenabschnitten präsentiert.

Bürgermeister Rainer Barth berichtet von intensiven Kontakten mit den Straßenmeistereien in Borken und Schwalmstadt. Fehlende Kapazitäten, Personalprobleme und Überauslastungen bei privaten Dienstleistern haben zu Verzögerungen geführt. Weiterhin berichtet Bürgermeister Rainer Barth über die grundsätzlich bestehende gute Zusammenarbeit mit den Straßenmeistereien.

Sabine Fischer, Anja Widera und Dirk Lomp, SPD-Fraktion, sowie Philipp Vestweber und Ralf Dehnert, CDU-Fraktion, sehen übereinstimmend die Wichtigkeit des Themas. Die Zuständigkeit für die Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen liegt bei den Straßenmeistereien.

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 8: Beratung und Beschluss über den Antrag der BLH-Fraktion über die „Gültigkeit der Entgelt- und Benutzungsordnung der Schulkindbetreuung“

Diesem TOP liegt der Antrag der BLH-Fraktion vom 26.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird von Angela Itzenhäuser, BLH-Fraktion, vorgetragen und begründet. Im § 11 Entgelt- und Benutzungsordnung zur Schulkindbetreuung der Gemeinde Gilserberg ist geregelt, dass die Benutzungssatzung ab dem 01.08.2015 vorläufig für 1 Jahr in Kraft tritt.

Die Entgelt- und Benutzungsordnung der Schulkinderbetreuung der Gemeinde Gilserberg soll bis auf weiteres verlängert werden. Die Schulkinderbetreuung ist notwendig und wird gut genutzt; so die Begründung des Antrages.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, so Sandra Ebener-Riebeling, SPD-Fraktion. Warum es allerdings eines Antrages an die Gemeindevertretung bedarf und warum die Verwaltung dieses nicht regelt, kann sie nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wolfgang Urbanek, entgegnet hierzu, dass derartige Anträge auf die Tagesordnung der Gemeindevertretung zu nehmen sind, und dass es

sich hier um eine Satzungsänderung handelt, für die die Gemeindevertretung allein zuständig ist.

Bürgermeister Rainer Barth berichtet von der Schulkindbetreuung in der Hochlandschule. Es liegen bereits für das nächste Schuljahr Anmeldungen vor. Sollte die Kinderzahl noch weiter steigen, müssen zusätzliche Betreuerinnen eingesetzt werden.

Nach Abschluss der Beratungen wird über die Entgelt- und Benutzungsordnung Schulkindbetreuung der Gemeinde Gilserberg wie folgt abgestimmt:

§ 11 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Entgelt- und Benutzungsordnung der Schulkindbetreuung der Gemeinde Gilserberg wird bis auf weiteres verlängert.“

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 9: Beratung und Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion zur „Beteiligung am Jugendtaxiausweis“ der Stadt Schwalmstadt durch die Gemeinde Gilserberg

Diesem TOP liegt der Antrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird von Anja Widera, SPD-Fraktion, vorgetragen und begründet. Die Maßnahme würde zu einer größeren Sicherheit für junge Menschen beim Nachhauseweg zu Veranstaltungen führen und eine Entlastung für die Eltern oder Verwandten bedeuten.

Für Ralf Dehnert, CDU-Fraktion, unterstützt diesen Antrag und erklärt, insoweit für seine gesamte Fraktion zu sprechen.

Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, schlägt ergänzend vor, den neuen Kinder- und Jugendbeirat in die Planungen mit einzubinden.

Über folgende Beschlussempfehlung wird abschließend abgestimmt:

„Der Gemeindevorstand wird beauftragt, Gespräche mit der Stadt Schwalmstadt, ggf. unter Beteiligung der Jugendpflege beider Kommunen, zum Thema Jugendtaxiausweis zu führen. Ziel sollte eine Beteiligung der Gemeinde Gilserberg an diesem Projekt sein. Der gemeindliche Jugendausschuss und der Kinder- und Jugendbeirat sollten ebenfalls eingebunden sein.“

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 10: Beratung und Beschluss über den Antrag der CDU-Fraktion über Maßnahmen zur „Verbesserung der Netzqualität für den Mobilfunk“ durch die Gemeinde Gilserberg

Diesem TOP liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.06.2016 zu Grunde. Der Antrag wird von Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, vorgetragen und begründet. Die CDU Fraktion möchte die Mobilfunknetzabdeckung insgesamt verbessern. Dazu ist es notwendig, genaue Angaben aus den Ortsteilen und von den Bewohnern zu bekommen.

Dirk Lomp, SPD-Fraktion, ist ebenfalls der Meinung, dass die Mobilfunknetzabdeckung in der Gemeinde Gilserberg verbessert werden muss. Es verweist hier allerdings darauf, dass bei einer Erfassung der Netzabdeckung sehr detailliert vorgegangen werden muss. Die unterschiedlichen technischen Voraussetzungen der Netzanbieter müssten hierbei berücksichtigt werden. Ebenfalls sei bei einer Verdichtung der Netze die Erhöhung der Strahlenbelastung zu berücksichtigen.

Ralf Dehnert und Philipp Vestweber, CDU-Fraktion, sehen in der Verbesserung der Mobilfunknetzabdeckung eine Steigerung der Attraktivität der Ortsteile. Mit einer solchen Erfassung sollte dann mit den Mobilfunkanbietern eine Verbesserung der Netzqualität angestrebt werden.

Martin Dippel, SPD-Fraktion, verweist ebenfalls auf die schwache Netzabdeckung auf dem flachen Land. Die Ergebnisse der Erhebung sollten im Ausschuss für Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr erörtert werden. Die Gemeindevertretung sollte sich dann für eine Verbesserung der Netzabdeckung einsetzen.

Beschlussempfehlung:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unter Beteiligung der Ortsbeiräte, Bürgerinnen und Bürger (etc.) eine Aufstellung über die Netzqualität zu erfassen. Die Aufstellung soll möglichst genau beschreiben (Anbieter, Straße, Sonstiges), wo der Mobilfunkempfang besonders schlecht oder gar nicht vorhanden ist.

Diese Ergebnisse sollen dann gebündelt an die jeweiligen Mobilfunkanbieter übermittelt werden.

Mit den Mobilfunkanbietern soll dann eine Verbesserung der Netzqualität angestrebt werden.

Die Ergebnisse der Erhebung sollen dem Ausschuss für Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft und Verkehr zugeleitet werden.

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 11: Beratung und Beschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 7 „Im Entenpfuhl“ OT Gilserberg

Bürgermeister Rainer Barth informiert die Gemeindevertreter über das Verfahren zur erneuten Beschlussfassung zum Bebauungsplan Entenpfuhl. Die Offenlegung hat stattgefunden, es wurden keine Einwände vorgetragen. Die erneute Beschlussfassung wurde auf Grund der Änderung –Änderung der Geschosszahl- beim aktuellen Bauvorhaben notwendig.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, wird entsprechend der vorliegenden Beschlussempfehlung abgestimmt:
Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 7 „Im Entenpfuhl“ – 2. Änderung der Gemeinde Gilserberg.

Der vorgenannte Bebauungsplan einschließlich der Begründung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Begründung:

Der vorgenannte Bebauungsplan ist in der Zeit vom 02.05.2016 bis einschließlich 17.05.2016 erneut gem. § 4a (3) BauGB öffentlich ausgelegt worden. Die Träger öffentlicher Belange wurden von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt. Von Seiten der Träger öffentlicher Belange sind keine Anregungen vorgebracht worden. Vorschläge für die Behandlung dieser Anregungen sind deshalb nicht erforderlich. Nach dem erfolgten Beschluss durch das Parlament wird der Satzungsbeschluss öffentlich bekanntgemacht.

Abstimmung:	dafür:	23 Stimmen
	Enthaltung:	---
	dagegen:	---

Zu Top 12: Vorlage der Ortsbeiratsprotokolle

Hier trägt Bürgermeister Rainer Barth die Ortsbeiratsprotokolle aus Gilserberg, Sachsenhausen und Schönstein vor und gibt sie somit den Gremien zur Kenntnis.

Zu Top 14: Allgemeine Informationen durch den Gemeindevorstand

Hier informiert Bürgermeister Rainer Barth das Gremium über wesentliche Angelegenheiten:

Sachstand zur Dorferneuerungsmaßnahme DGH Heimbach
Eingang des Förderbescheides zu den Umbaumaßnahmen der Kindertagesstätte

Der Arbeitskreis lädt für den kommenden Samstag, 16.07.2016 zum Fest der Begegnung ein.

Zu Top 13: Ernennung von Führungskräften der Freiwilligen Feuerwehr zu Ehrenbeamten

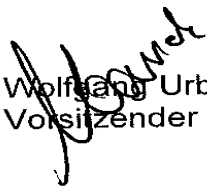
Entsprechend des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG) sind die Wehrführerinnen oder die Wehrführer sowie ihre Vertreterinnen oder ihre Vertreter in ein Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Die anwesenden Wehrführer und stellvertretenden Wehrführer Marius Damm, Stefan Stehl, Florian Freimuth, Andreas Michaelis, Klaus Wagner, Torben Wiesmann und Matthias Böth leisten den vorgesehenen Dienst. Von Bürgermeister Rainer Barth werden die Urkunden zur Berufung in ein Ehrenbeamtenverhältnis für die Zeit als Wehrführer bzw. stellv. Wehrführer überreicht.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Wolfgang Urbanek und Bürgermeister Rainer Barth danken für die ehrenamtliche Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Gilserberg.

Danach wird um 22.00 Uhr die Sitzung vom Vorsitzenden Wolfgang Urbanek geschlossen.

Gilserberg, 19.07.2016


Wolfgang Urbanek
Vorsitzender

-Vorsitzender-


Horst Dippel
Schriftführer

-Schriftführer-